

Es geht um Natur- und um Hochwasserschutz

Zum Bericht der „Verhinderer“ über den Naturschützer haben uns viele Leserbriefe erreicht. Dies sind Auszüge aus einer ersten Auswahl, weitere folgen nächste Woche.

Auf rechtsstaatlichen Füßen

Respekt. Da betreibt jemand Naturschutz (nicht Umweltschutz, nicht grüne Politik oder sonst was Verwässertes für Bedenkenträger) im Ehrenamt und gefährdet aus Überzeugung seine wirtschaftliche Existenz, weil Auftraggeber nicht mehr mit ihm wollen oder können. Und seine Vorhaben stehen auf rechtsstaatlichen Füßen. Denn sonst hätten Gerichte nicht zugunsten des Naturschutzes geurteilt und die Behörden zu neuen oder geänderten Planungen aufgefordert. Was macht den Mann so verhasst, der die Natur mit legalen Mitteln so schützt, wie die Gesetze das vorsehen? Es ist die Gier jener, die in Flussauen Bauland zum Verkaufen ausweisen, sich mit überdimensionierten Prestigeprojekten fragwürdige Denkmäler setzen wol-

len und Sachsen am liebsten einträglich für alle am Bau Beteiligten zubetoniert sähen. Dass ein Bürgermeister als mutmaßlicher Verfechter eines solch kruden Idealzustands diesem Mann vorwirft, er mache mit seinem Engagement nur Kohle und gebe nur vor, die Natur zu lieben, ist so absurd, dass einem zu diesen bizarren Verdrehungen nur einfällt: Was ich selber denk und tu, traue ich auch allen anderen zu.

Andrea Hübert, Chemnitz



Tobias Mehnert, ein streitbarer Naturschützer.

FOTO: UWE MANN

Keine Kompromisse

Ein konsequenter Umweltschutz kennt keine Kompromisse. Ein Umweltschutz „light“, wie ihn die etablierten Parteien, inklusive der Grünen, praktizieren, ist weder nachhaltig noch effizient. Das vergangene Hochwasser im Juni dieses Jahres hat dies wiederum eindrucksvoll und leidvoll bewiesen. Lasche Umsetzung der geforderten Ausgleichsflächen bei Bodenversiegelung oder das genehmigte Bauen in Überflutungsflächen sind eindeutig Versäumnisse der Politik. Ich kann nur Tobias Mehnert und seinem Verein weiterhin viel Leidenschaft und Durchhaltevermögen bei seinem Kampf gegen irrwitzige und überflüssige Projekte wünschen, sozusagen als ein positiver „Verhinderer“.

Torsten Martin, Kleinhartmannsdorf

Klare Worte von den Gerichten

Immer wieder muss man in der Provinz – äußert man sich gegen die herrschende Meinung – mit Diffamierung und Anfeindung durch Amtsinhaber und Mandatsträger rechnen. Es kommt auch nicht darauf an, welche abweichende Meinung vertreten wird: ob Denkmal- oder Umweltschützer, ist egal. Dabei kann man dankbar sein, wenn es sich nur um die Unterstellung von Dummheit, Realitätsferne oder persönlicher Vorteilssuche handelt. Letztlich ist dieser Fall aber nur der Gipfel einer bis heute ungebrochenen Tradition dogmatischen und undemokratischen Umgangs mit Andersdenkenden. Auch weit über 20 Jahre nach der sogenannten Wende zeigt sich, dass sich zwar die Gesichter der Regierenden geändert haben, aber nicht deren innere Haltung zu Oppositionellen. Der Ton steht der Anfeindung von „Staatsfeinden“ in der DDR in nichts nach. An Politikern mit solchen Ansichten ist die Menschheitsentwicklung ab der Aufklärung offensichtlich vorbeigegangen. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens Gerichte klare Worte für diese offene Aufforderung zum politischen Mord finden.

Jörg Thümmeler, Freiberg